

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 80 38/39  
Telex: 08 88 B46 pptr d



## Inhalt

Willy Brandt würdigt  
Bruno Kreisky zu dessen  
70. Geburtstag: Ein  
großes Lebenswerk.  
Seite 1/2

Friedrich Halstenberg  
gratuliert Max Seidel  
zum 75. Geburtstag: Wer-  
te, für die der Kampf  
lohnt.  
Seite 3

Peter Corterier MdB sieht  
US-Präsident Ronald Reagan  
vor schweren Aufgaben:  
Amerikas neuer Anfang.  
Seite 4/5

Fridolin Scheuble analy-  
siert die Liberalitäts-  
Debatte im bayerischen  
Landtag: Bekenntnis zu  
"Sonthofen".  
Seite 6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 14

21. Januar 1981

Ein großes Lebenswerk

Zum 70sten Geburtstag von Bruno Kreisky

Von Willy Brandt MdB/MdEP  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands  
und der Sozialistischen Internationale

Zu seinem siebzigsten Geburtstag wird unser Freund Bruno Kreisky, der österreichische Bundeskanzler und Parteivorsitzende, aus vielen Teilen der Welt Worte des Dankes und der Anerkennung bekommen. Und dazu besteht aller Grund:

Er hat in den harten Jahren des schwierigen Wiederaufbaus in Europa seinem Land eine über die geographische Größe Österreichs weit hinausgehende Bedeutung gegeben. Heute spielt unser Nachbar in der internationalen Politik eine wichtige und zugleich in die Zukunft weisende Rolle. Für uns in der Bundesrepublik Deutschland ist Österreich vor allem ein guter, unmittelbar benachbarter Freund geworden. Deutsche Sozialdemokraten wissen, in welchem Maße unser Land dies Bruno Kreisky zu verdanken hat.

Denkt man an das internationale Wirken des österreichischen Bundeskanzlers, so erinnern wir uns an den Brückenschlag zum Nahen Osten, zum arabischen Raum, den er zu einer Zeit wagte, als dies noch keineswegs selbstverständlich erschien. Er hat damit nicht nur seinem Land einen großen Dienst erwiesen, sondern auch Europa als Ganzem und nicht zuletzt der internationalen Gemeinschaft, der die Sozialdemokraten beider



Länder angehören, der Sozialistischen Internationale. Mit Zähigkeit und Weitsicht hat er dazu beigetragen, dort Verbindungen zu schaffen, wo es zunächst fast unmöglich schien, miteinander zu sprechen.

Der österreichische Bundeskanzler hat schon als Außenminister seines Landes die Zusammenarbeit der Länder unseres Kontinents über die Grenzen unterschiedlicher Systeme hinweg gefördert und die Entspannung als wesentliche Bedingung für unsere Sicherheit begriffen. Unter schwierigen Bedingungen hat er Österreich, ohne großes Aufsehen darum zu machen, für viele geöffnet, die auf der Suche nach einer neuen Heimat waren und sind.

In der internationalen Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und ihnen nahestehenden Kräften nimmt Bruno Kreisky einen Platz ein, der sich nicht mehr wegdenken läßt. Vor fast vierzig Jahren haben wir im Exil die Vorarbeiten hierzu geschaffen. Von daher datiert auch unsere persönliche Freundschaft. Sie gehört zu den Bereicherungen meines Lebens.

Die Persönlichkeit des Österreicherers Bruno Kreisky hat neue Formen des internationalen Meinungsaustausches und der über Kontinente hinausgreifenden Zusammenarbeit geprägt. Wir alle müssen jetzt hoffen, daß es ihm und dem mexikanischen Staatspräsidenten gelingt, dem Nord-Süd-Dialog durch ein Treffen von Regierungschefs neue Impulse zu geben und damit zu helfen, daß Ergebnisse nicht nur auf dem Papier, sondern im Konkreten sichtbar werden.

Ein großes Lebenswerk, dem noch manches hinzuzufügen sein wird: Dies ist Bruno Kreisky. Meine Glückwünsche und die herzlichen Grüße der deutschen Sozialdemokraten gelten ihm an diesem Tag ganz besonders, und wir hoffen alle, daß er als Staatsmann, als Sozialdemokrat und als Freund noch lange die Schaffenskraft hat, weiter für den Frieden und die Zusammenarbeit der Völker zu wirken. (-/21.1.1980/ks/ca)

+ + +



Werte, für die der Kampf lohnt  
-----

Zum 75. Geburtstag von Max Seidel

Von Professor Dr. Friedrich Halstenberg

Schatzmeister der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sein Leben lang ist Max Seidel ein Kämpfer und ein Diener gewesen. Eine schwere Jugend ohne Eltern in den entscheidenden Jahren hatte ihn frühzeitig gelehrt, daß Humanität und Gerechtigkeit, Gleichheit und Chancen und Ehrlichkeit Werte sind, für die der Kampf lohnt. Diesen Kampf nahm er auf sich, weil er schon in seinen frühen Breslauer Jahren auch hatte lernen müssen, daß die großen Worte, das hohle nationale Pathos, das in seiner Jugend bereits die für Deutschland und die Welt unglückselige historische Entwicklung der späteren Jahre ankündigte, nur zu Unglück und Verderben für die Menschen führen würden. So fand Max Seidel fünfzehnjährig zur Sozialdemokratie. Ihr zu dienen, hat er bis heute nicht aufgehört.

Sein frühes Engagement hat ihn schwere persönliche Opfer gekostet. Bevor sie ihn für die Dauer des Krieges in eine Soldatenuniform und in den Schützengraben steckten, hatten die nationalsozialistischen Machthaber Max Seidel zweimal für Monate in "Schutzhaft" genommen. Nach dem Kriege mußte er das Schicksal von Millionen teilen: die Kriegsgefangenschaft, die für ihn im Juli 1946 endete.

Die schlesische Heimat war für Max Seidel nun versperrt. Ihn hatte es nach Franken verschlagen. Zunächst arbeitete er in Nürnberg im erlernten Schreinerhandwerk. Ab 1947 nahm er als hauptamtlicher Parteifunktionär den alten Kampf wieder auf. 1958 berief ihn die fränkische Partei zu ihrem Bezirksvorsitzenden, 1966 wählte ihn ein Bundesparteitag zum Vorsitzenden des Parteirates, des höchsten Gremiums der SPD zwischen Parteitaggen. Dieses Amt behielt Max Seidel bis 1970. Danach wurde er zum Mitglied der Kontrollkommission gewählt, deren Vorsitz er 1979 übernahm.

Dazwischen liegen zwanzig Jahre Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag, von 1953 bis 1972. In dieser Zeit war Max Seidel als Vorsitzender des Arbeitskreises Öffentliche Finanzwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion und als stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses ein aufmerksamer und für die damaligen CDU-geführten Bundesregierungen oft kritischer Beobachter der Bundeshaushalte und ihrer Entwicklung.

Im Laufe seiner parlamentarischen Entwicklung zählte Max Seidel auch zu den Sprechern des Parlamentsausschusses für innerdeutsche Beziehungen. Darüber hinaus gehörte er zu jenen Abgeordneten, die in Fragen der Kriegsopferversorgung, der Familiensicherung und überhaupt bei allen Sozialversicherungsproblemen ein stets verlässlicher und unermüdlicher Anwalt der Bürger waren.

Die Gründlichkeit seines Denkens und die Gradlinigkeit seines politischen Handelns zeichnen Max Seidel vor allem aus. Diese Tugenden ihres Kontrollkommissionsvorsitzenden helfen der SPD und ihrem Schatzmeister heute bei der Bewältigung ihrer schwierigen Finanzierungsprobleme. Mit Tatkraft und Engagement hat er sich auch in diesem Zusammenhang unermüdlich für eine Lösung eingesetzt, die der Partei die politische Effizienz für die nächsten Jahre sichert.

Die SPD hat viele Gründe, Max Seidel zum Geburtstag außer ihrer herzlichen Gratulation auch Dankbarkeit zu erweisen.  
(-/21.1.1981/ks/ca)

+ + +



Amerikas neuer Anfang

Präsident Ronald Reagan hat eine schwere Aufgabe übernommen

Von Dr. Peter Corterier MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Inauguraladressen sind nicht mit Regierungserklärungen bei uns zu verwechseln. Sie setzen den Ton, beschreiben Grundsätze und die geistigen Grundlagen, auf denen politisches Handeln für die Amtsperiode des neuen amerikanischen Präsidenten möglich gemacht werden soll. Ronald Reagan hat den Schwerpunkt seiner Ausführungen zur Amtseinführung auf die Innenpolitik gelegt.

Hier stehen zweifellos schwere Aufgaben bevor. Es geht darum, gleichzeitig die Inflation unter Kontrolle zu bringen, neue Arbeitsplätze zu schaffen sowie die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit Amerikas zu erhöhen. Die neue amerikanische Regierung will aber auch die Steuern senken, die Staatsausgaben insgesamt verringern, bei den Verteidigungsausgaben jedoch Erhöhungen vornehmen. Ronald Reagan hat von einer "wirtschaftlichen Misere großen Ausmaßes" gesprochen. Sie überwinden zu helfen, wird die volle Aufmerksamkeit der Regierung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes verlangen.

Auch wir haben ein großes Interesse daran, daß die Vereinigten Staaten die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten möglichst bald überwinden. Der Zwang zur Hochzinspolitik dort schafft auch Probleme hier. Zinssätze um die 20 Prozent belasten viele Amerikaner, besonders die kleinen und mittleren Einkommensschichten. Sie bremsen darüber hinaus hier bei uns die Investitionsneigung. Es liegt im beiderseitigen Interesse, diese Entwicklung aufzuhalten und wieder in vernünftige Bahnen zu lenken.

Dennoch könnten sich angesichts der internationalen Krisenentwicklungen auch außenpolitisch Zeitdruck und Entscheidungszwang ergeben. Mit der friedlichen Lösung der



Geiselkrise ist der neuen Regierung eine gewaltige Last genommen, aber im Mittleren Osten, in Zentralamerika und im südlichen Afrika sind schon bald Entscheidungen notwendig, die viel Unsicht, Fingerspitzengefühl und diplomatisches Geschick erfordern.

Der Verteidigungsetat ist mit den wirtschaftlichen, finanziellen und rüstungskontrollpolitischen Erfordernissen in Einklang zu bringen. Auch hier darf keine Zeit verspielt werden.

Aber die entscheidenden Weichenstellungen müssen in einer Weise vorgenommen werden, die Amerika nicht noch zu den vorhandenen politischen Problemen zusätzliche außenpolitische Schwierigkeiten aufbürdet, denn auch die Vereinigten Staaten brauchen zur Lösung der bevorstehenden Aufgaben eine friedliche Umwelt. Gefordert ist in dieser Lage sicherlich eine starke, handlungsfähige Regierung. Ob die klassisch-liberale Staatsphilosophie, mit der Ronald Reagan sein Amt angetreten hat, dazu ausreichen wird, ist eine große Frage.

Der Satz von Ronald Reagan "Die Regierung ist das Problem" hört sich wie ein radikaler Versuch an, die Rolle des Staates zurückzudrängen und eine umfassende Neuverteilung der Aufgaben zwischen der Zentralregierung, den Einzelstaaten und den übrigen Trägern öffentlicher Aufgaben vorzunehmen. Diese Einstellung vermag in Amerika zweifellos starke Kräfte freizusetzen, aber die Rolle der Regierung wird dabei vermutlich kaum geringer werden können.

Die neue Regierung sieht den Beginn ihrer Amtsperiode zugleich als historische Zäsur, die in der Größenordnung mit der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre oder mit der unmittelbaren Nachkriegszeit Ende der 40er Jahre zu vergleichen ist. Sie wird zur Bewältigung der sich selbst gesetzten Aufgaben nicht nur auf die Vitalität und die Energien des Individuums und der föderativen Organe vertrauen können.

(-/21.1.1981/ks/ca)

+ + +



Bekanntnis zu "Sonthofen"

## Bayerns Staatsregierung und die Liberalität

Von Fridolin Scheuble

Pressesprecher der bayerischen SPD

Die Pointe hatte sich der Professor Hans Maier für den Schluß aufgespart. Der bayerische Kultusminister, den manche immer noch für liberal halten, weil er so gepflegt und wolkig über die Freiheit zu reden versteht, krönte diese Woche seinen Auftritt im bayerischen Landtag mit einem Bekenntnis zu "Sonthofen". Maier war von Strauß die Aufgabe zugeteilt worden, eine von der Landtags-SPD eingebrachte Interpellation (große Anfrage) zur Liberalität in Bayern zu beantworten. Der elegante Professor - der sich übrigens in Privatgesprächen als Strauß-Kritiker anbietet - verstand seine Aufgabe als Verpflichtung zum Kniefall vor dem Herrn und Meister.

"Der bayerische Ministerpräsident sieht nicht den geringsten Anlaß, sich von irgendeiner Rede, die er im Laufe von mehr als drei Jahrzehnten gehalten hat, zu distanzieren", posaunte das willige Strauß-Sprachrohr. Damit niemand auf den Gedanken kam, Maier teile persönlich nicht diese Auffassung, ergänzte dieser: "In allen diesen Reden hat Strauß sich stets uneingeschränkt zur rechts- und sozialstaatlichen Demokratie, zur bundesstaatlichen Ordnung, zur deutschen Einheit, zur europäischen Einigung, zu Frieden und Freiheit bekannt, so auch in seiner Rede vor der Landesgruppe der CSU in Sonthofen im November 1974." Der "einzige Fehler", den Strauß damals begangen habe, ergänzte Maier in Abweichung von seinem Manuskript, sei gewesen, daß er die Niederschrift von Sonthofen in alle möglichen Postfächer gesteckt und so dem "Spiegel" die Chancen zur Veröffentlichung gegeben habe.

Schon vor Maier, gleich zu Beginn der Landtagsdebatte, hatte es der CSU-Fraktionsvorsitzende Gustl Lang ebenfalls für nötig gehalten, sich ausdrücklich zu Sonthofen zu bekennen. Lang - der wie Maier in Privatgesprächen an Strauß herunkrittelt -: "Niemand von der CSU und erst recht nicht der Landesvorsitzende brauchen von den damaligen Aussagen (gemeint ist Sonthofen) Abstand zu nehmen."

Die Sozialdemokraten hatten in ihrer Interpellation unter anderem gefragt, ob die Sonthofener Rede heute die Leitlinie der bayerischen Staatsregierung sei. Die SPD-Fraktion, deren Mitglieder vermutet hatten, die CSU-Redner würden sich irgendwie um Sonthofen herumdrücken, wurde von den CSU-Konfessionen durchaus überrascht. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Karl-Heinz Hiersemann bekannte denn auch: "Wir sind entsetzt darüber, daß der Kultusminister nicht mal ein kleines, leises Wort der Kritik an Sonthofen angemeldet hat."

Hiersemann erinnerte daran, wozu sich die CSU-Männer so energisch bekennen, indem er aus "Sonthofen" zitierte: "Und jetzt hier in demokratischer Gemeinsamkeit zu sagen, wir Demokraten in SPD/FDP und CDU/CSU, wir halten also jetzt zusammen in dieser Situation, hier müssen wir den Rechtsstaat retten, - das ist alles blödes Zeug! Wir müssen sagen, die SPD und FDP überlassen diesen Staat kriminellen und politischen Gangstern." Oder: "Zur Taktik jetzt: nur anklagen und warnen, aber keine konkreten Rezepte etwa nennen." Oder: "Da können wir nicht genug an allgemeiner Konfrontierung schaffen."

Strauß hörte sich die Reden seiner CSU-Vasallen sichtlich zufrieden an. Er selbst sagte in der Debatte kein Wort; wohl aber hatte er kürzlich vor dem Wirtschaftsbeirat der Union seine Sonthofener Rede ausdrücklich verteidigt.

Der SPD-Abgeordnete Günter Wirth, der die Interpellation seiner Fraktion begründete und dabei die Sonthofener Rezepte als aus "Obstruktion, Intoleranz und Panikmache" bestehend charakterisierte, erinnerte an einen mittlerweile vergessenen Umstand: "Die Rede von Sonthofen wurde in Wirklichkeit in dem Ort Schweineberg bei Sonthofen gehalten, es muß also richtig heißen: die Schweineberger Rede." (-/21.1.1981/vc-he/ca)

